

Achtes Bundesländerranking

■ ■ ■

Bundesländer im Vergleich ***Wer wirtschaftet am Besten?***

Studie der
IW Consult GmbH Köln
in Zusammenarbeit mit der
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
und der Wirtschaftswoche

Köln, September 2010

Ansprechpartner für die Inhalte:

IW Consult GmbH
Michael Bahrke
Referent
E-Mail: bahrke@iwkoeln.de
Tel. (0221) 4981-861
<http://www.iwconsult.de>

IW Consult GmbH
Christian Buchweitz
Referent
E-Mail: buchweitz@iwkoeln.de
Tel. (0221) 4981-819
<http://www.iwconsult.de>

Weitere Informationen unter: www.bundeslaenderranking.de

1 Ergebnisübersicht

Bundesländerranking 2010 - Der Osten auf der Überholspur?

In welchem Bundesland entwickelt sich die Wirtschaft am dynamischsten und wo verfügen die Menschen über den höchsten Wohlstand? Welche Regionen haben die weltweite Wirtschaftskrise am besten überstanden und ist Ostdeutschland im Jahr 20 der deutschen Einheit auf dem Weg zum Westniveau? Diese und weitere Fragen standen im Fokus des diesjährigen Bundesländervergleichs der IW Consult.

Die IW Consult führt in diesem Jahr bereits zum achten Mal einen umfassenden Vergleich der 16 deutschen Bundesländer in Zusammenarbeit mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und der WirtschaftsWoche durch.

Die Studie hat das Ziel unter Berücksichtigung von knapp 100 ökonomischen und strukturellen Indikatoren, die vom Bruttoinlandsprodukt bis zur Kitabetreuungsquote reichen, das Bundesland zu identifizieren, das in den letzten drei Jahren die größte wirtschaftliche Dynamik aufwies. Neben diesem Dynamikranking, das Veränderungen der Standortqualität in den Jahren 2006 bis 2009 dokumentiert, ist auch ein Niveauranking erstellt worden, in das die absoluten wirtschaftlichen Kennzahlen einfließen.

Dynamikranking 2010

Im Jubiläumsjahr der Wiedervereinigung wird mit Brandenburg ein Land zum Dynamiksieger gekürt, das sich bisher noch nicht in die lange Liste der dynamischsten Bundesländer einreihen konnte. Hinter dem Sieger des Jahres 2010 folgen mit Mecklenburg-Vorpommern und Berlin zwei weitere ostdeutsche Bundesländer auf dem Siegertreppchen. Thüringen, Sachsen und Vorjahressieger Sachsen-Anhalt runden das positive Bild der überdurchschnittlichen ostdeutschen Entwicklungsdynamik ab und zeigen, dass alle ostdeutschen Bundesländer inklusive Berlin relativ betrachtet, am Besten durch die wirtschaftlichen Turbulenzen der zurückliegenden Jahre kamen.

Beim **Gewinner Brandenburg** ist dabei die Stetigkeit des Entwicklungstrends hervorzuheben, da Brandenburg bereits im vergangenen Jahr Dynamik-Zweiter war und sich auch vor zwei Jahren als dynamischstes Ost-Bundesland auszeichnete.

Brandenburg leistet sich dabei in den einzelnen Untersuchungskategorien kaum Schwächen und profitiert von überdurchschnittlichen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, mit dem

stärksten Rückgang der Jugendarbeitslosenquote, starken Bildungsindikatoren (steigende Studentenzahlen und Drittmittel je Professor) und soliden Landesfinanzen.

Der sich weiter verschlechternde Pendlersaldo macht auch deutlich, dass die Brandenburger zunehmend von der dynamischen Entwicklung der Bundeshauptstadt profitieren und sich das direkte Berliner Umland als attraktive Wohngegend für Berufspendler hervortut.

Der knapp geschlagene **Zweitplazierte Mecklenburg-Vorpommern** konnte von seiner stark binnenwirtschaftlich geprägten Wirtschaftsstruktur profitieren und wies hinter Berlin die zweitbeste Entwicklung bei der Wirtschaftsleistung auf. Hierdurch war es auch möglich die Sozial- und Arbeitsmarktindikatoren zu verbessern. So entwickelten sich die Arbeitslosenquote und der Anteil von ALG II-Empfängern am positivsten im Vergleich aller 16 Bundesländer. Im Untersuchungszeitraum konnte auch die ohnehin sehr hohe Anzahl der Gästeübernachtungen je Einwohner noch weiter gesteigert und die Haushaltskennzahlen stark verbessert werden.

Die **Bundeshauptstadt Berlin** profitierte als Drittplatzierter von der dynamischsten Entwicklung der Wirtschaftsleistung und der höchsten Zunahme bei den Erwerbstätigen im Untersuchungszeitraum. Auch die Exportquote verbesserte sich in keinem anderen Bundesland mehr als hier, wenn auch von einem niedrigen Niveau aus.

Getragen wird die positive Entwicklung von einem Anstieg bei der Beschäftigung in den unternehmensnahen Dienstleistungen. Die zunehmende Attraktivität der Stadt spiegelt sich auch in einer Zunahme der Gästeübernachtungen (zweitstärkster Anstieg nach Mecklenburg-Vorpommern) und im stärksten Einwohneranstieg nach Hamburg wider.

Wie stark das diesjährige Ergebnis von den Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise geprägt war, zeigt ein Blick auf die Verlierer des diesjährigen Dynamikvergleichs. Mit Baden-Württemberg, dem Saarland, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz befinden sich vier Bundesländer auf den letzten Plätzen, die - wie bereits vorangegangene Untersuchungen gezeigt haben - besonders stark unter den Folgen der weltweiten Turbulenzen zu leiden hatten. Die Analysen des IW Krisenbetroffenheitsindex beispielsweise haben deutlich gemacht, dass die Regionen am stärksten vom Abschwung betroffen waren, die in der vorhergehenden Aufschwungphase besonders profitieren konnten. Erfolgsfaktoren, wie eine hohe Exportquote und hohe Unternehmenskonzentrationen in der Industrie und insbesondere im Maschinenbau und der Metall- und Elektroindustrie kehrten sich in der Krise in ihrer Wirkung um und hatten in vielen Regionen hohe Kurzarbeiterzahlen und einen Anstieg der Arbeitslosenquote zur Folge.

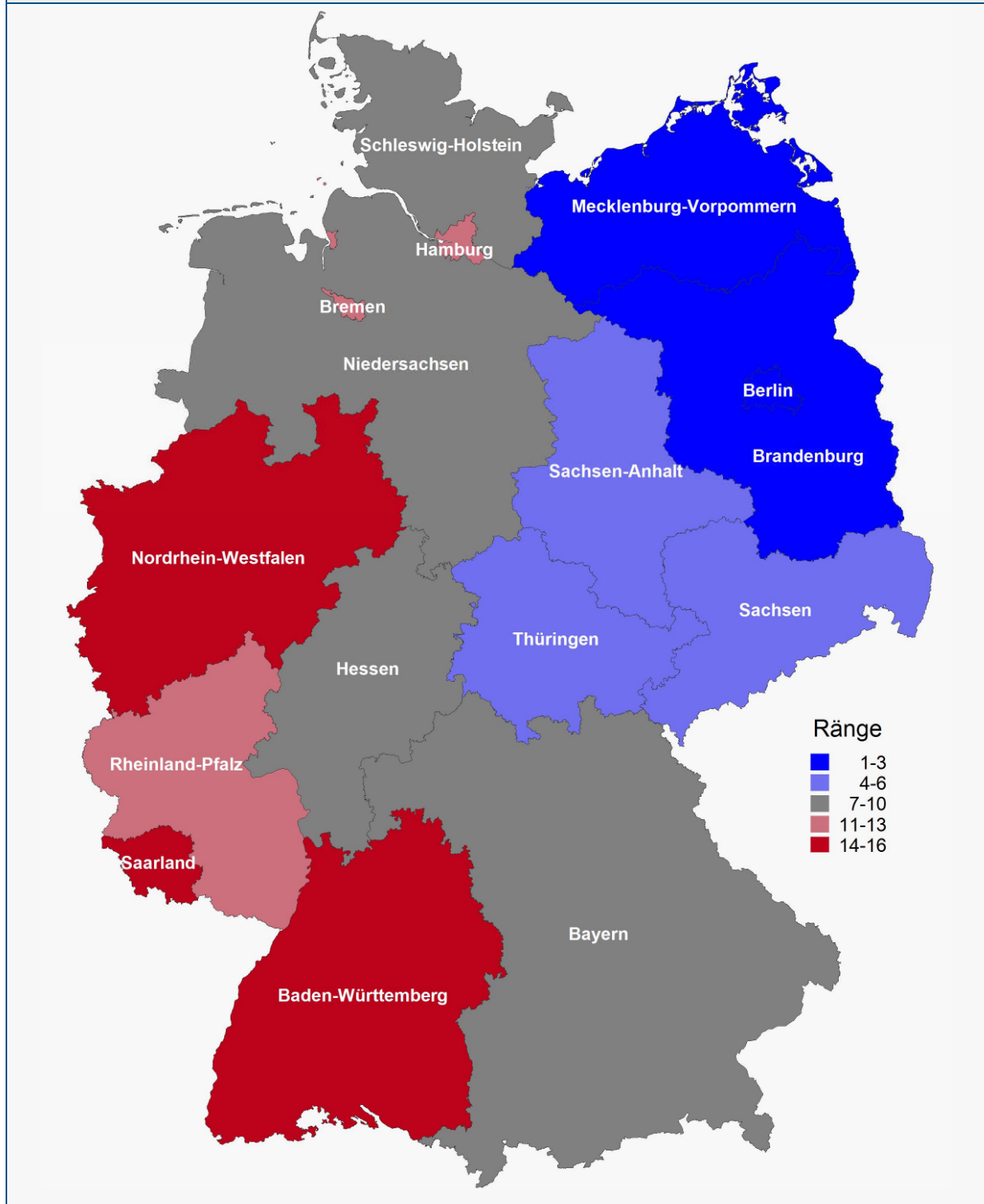
So hatte das **letztplatzierte Baden-Württemberg** auch die schlechteste Entwicklung bei der Arbeitslosenquote im Untersuchungszeitraum von 2006 bis 2009 zu verzeichnen. In Folge der Krise entwickelten sich auch die verfügbaren Einkommen und das Bruttoinlandsprodukt im Ländle, relativ betrachtet, stark unterdurchschnittlich.

Positive Zeichen setzen die Unternehmen in Baden-Württemberg, die offensichtlich an die Rückkehr auf den positiven Entwicklungspfad setzen. Die Spitzenwerte bei den Patentanmeldungen und dem Anteil der Hochqualifizierten an allen Beschäftigten wurde im Betrachtungszeitraum noch weiter ausgebaut.

Tabelle 1: Dynamik-Ranking 2010						
Ränge und Punkte nach Bundesländern (2006-2009)						
	Rang	Punkte				
		Gesamt	Wohlstand	Arbeitsmarkt	Struktur	Standort
Brandenburg	1	61,1	16,2	17,3	17,6	10,0
Mecklenburg-Vorpommern	2	60,8	14,6	16,5	18,6	11,0
Berlin	3	57,9	12,9	16,9	17,5	10,6
Thüringen	4	55,6	15,3	14,0	15,9	10,5
Sachsen	5	53,8	12,7	13,9	16,5	10,7
Sachsen-Anhalt	6	53,1	13,5	14,9	15,4	9,2
Schleswig-Holstein	7	49,5	13,9	11,1	14,6	10,0
Niedersachsen	8	47,6	11,6	12,6	14,5	8,8
Hessen	9	47,6	12,9	10,5	14,3	10,0
Bayern	10	47,4	12,7	10,5	15,6	8,6
Hamburg	11	47,2	8,5	13,5	15,7	9,5
Bremen	12	46,3	12,0	11,3	13,3	9,6
Rheinland-Pfalz	13	45,5	11,9	10,1	14,1	9,4
Nordrhein-Westfalen	14	44,2	11,8	10,6	11,7	10,1
Saarland	15	42,5	12,1	7,5	11,9	11,0
Baden-Württemberg	16	39,5	7,5	8,8	12,5	10,8
Mittelwert		50,0	12,5	12,5	15,0	10,0

Abbildung 1: Karte Dynamik-Ranking 2010

Entwicklung 2006-2009



Bestandsranking 2010

Die Erfolge der ostdeutschen Länder müssen aber neben den weltwirtschaftlichen Entwicklungen auch vor dem Hintergrund eines noch immer niedrigen Niveaus betrachtet werden. Der Niveauvergleich zeigt deutlich, dass **Bayern** und **Baden-Württemberg** beispielsweise über einen scheinbar unerreichbaren Vorsprung verfügen, auch wenn sich der Abstand zum drittplatzierten Hamburg durch die außergewöhnlichen konjunkturellen Ereignisse deutlich verringert hat. Die beiden Länder belegen aber weiterhin souverän die Plätze 1 und 2 im Niveau-Ranking, in dem die absoluten Größen von Wirtschaftskraft und Wohlstand verglichen wurde.

Die Stärke resultiert vor allem aus Spitzenwerten beim Wohlstand, beim Arbeitsmarkt und bei den Innovationsindikatoren. So verzeichnet Bayern, die höchste Kaufkraft je Einwohner, hat die niedrigste Arbeitslosenquote, die niedrigste Kriminalitätsrate und die höchste Exportquote. Baden-Württemberg kann vor allem durch die meisten Patente, die höchste FuE-Intensität und die meisten eingeworbenen Drittmittel je Professor auftrumpfen.

Eine weitere Stärke liegt in der Ausgeglichenheit der beiden Erstplatzierten des Niveauvergleichs, sie offenbaren so gut wie keine Schwächen.

Aber auch im Niveauvergleich sind 20 Jahre nach der Wiedervereinigung weitere Zeichen für eine Annäherung der Lebensniveaus von Ost und West auszumachen, auch wenn hier noch ein langer Weg zu bestreiten ist.

Mit Thüringen gelang es, erstmals in der achtjährigen Geschichte des Bundesländerrankings, einem ostdeutschen Bundesland sich vor dem schlechtesten westdeutschen Land zu platzieren. Auch die Abstände der nächstplatzierten Bundesländer Brandenburg und Sachsen sind nur noch sehr gering, so dass bei der zu Grunde liegenden Entwicklungsdynamik hier mit weiteren Verbesserungen in den nächsten Jahren zu rechnen ist.

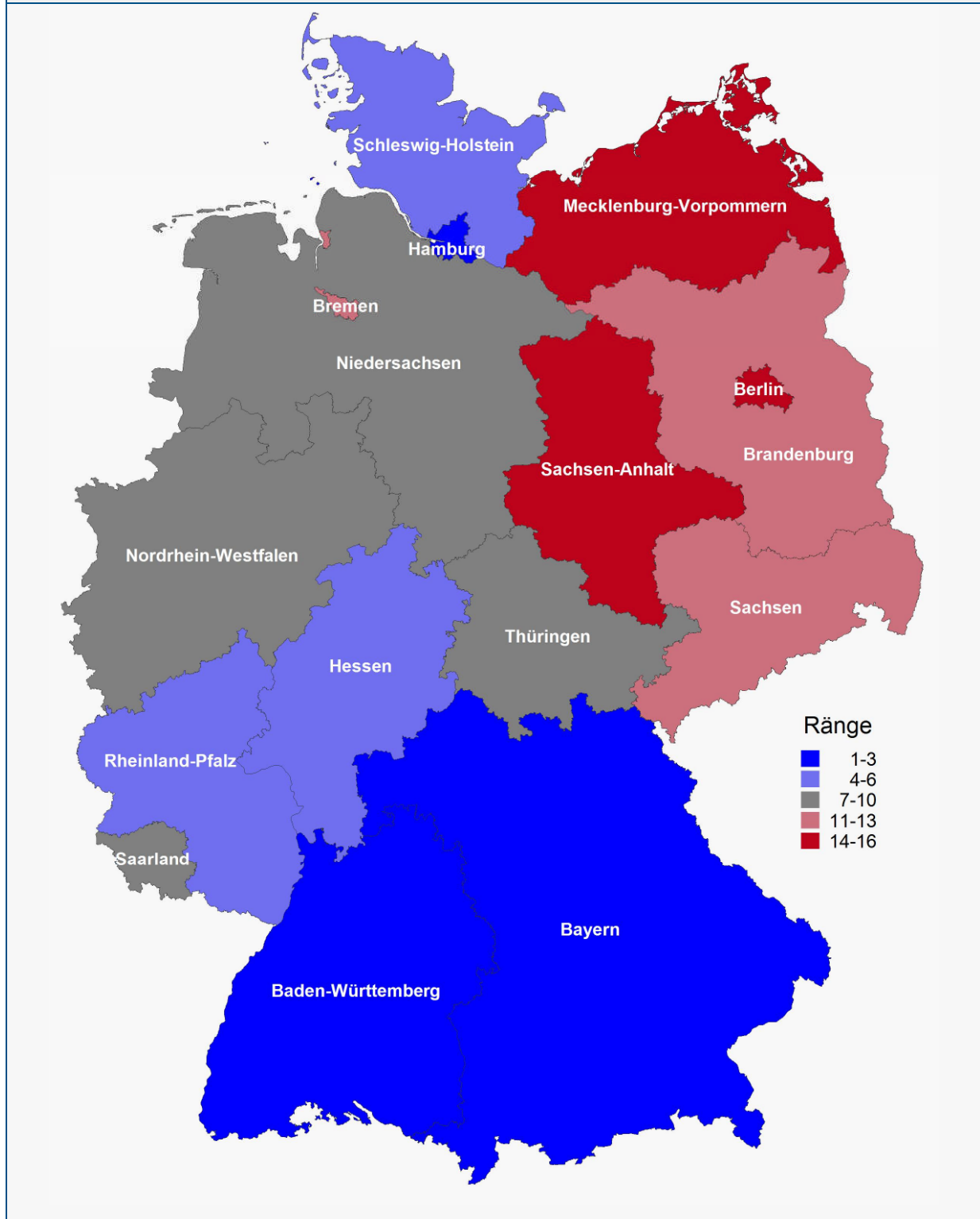
Auf dem letzten Rang befindet sich nach wie vor die **Bundeshauptstadt Berlin**. Trotz der gezeigten dynamischen Entwicklung gelingt es hier noch nicht im Niveauvergleich von den allseits festzustellenden Verbesserungen zu profitieren. Die Gründe hierfür liegen in den nach wie vor vorhandenen sozialen Ungleichgewichten. So weist die Stadt die höchsten Arbeitslosenquoten, die höchste Kriminalitätsrate, den höchsten Anteil an ALG II-Empfängern und die zweithöchste Quote bei der privaten Verschuldung auf. Diese messbaren Probleme können nicht durch die positiven Entwicklungen in der Beschäftigungs- und Einwohnerentwicklung, sowie bei den Bildungs- und Wissenschaftsindikatoren ausgeglichen werden.

Tabelle 2: Bestandsranking 2010
Ränge und Punkte nach Bundesländern

	Rang	Punkte				
	Gesamt	Wohlstand	Arbeitsmarkt	Struktur	Standort	
Bayern	1	65,2	16,3	18,8	19,7	10,5
Baden-Württemberg	2	63,2	15,7	18,3	18,6	10,7
Hamburg	3	61,8	21,0	14,2	15,9	10,7
Hessen	4	59,1	16,9	15,3	17,0	10,0
Rheinland-Pfalz	5	54,0	12,5	15,8	16,2	9,5
Schleswig-Holstein	6	51,7	12,7	14,4	14,6	10,1
Niedersachsen	7	50,4	12,1	13,5	15,0	9,8
Nordrhein-Westfalen	8	49,3	14,3	11,3	13,7	10,0
Saarland	9	46,4	12,4	10,8	13,7	9,5
Thüringen	10	45,9	8,0	12,4	15,8	9,7
Bremen	11	45,0	15,6	7,0	12,0	10,4
Brandenburg	12	44,8	8,9	12,3	14,1	9,5
Sachsen	13	44,3	8,2	10,7	15,0	10,3
Mecklenburg-Vorpommern	14	41,3	7,6	9,6	14,1	9,9
Sachsen-Anhalt	15	39,2	7,8	9,5	12,8	9,0
Berlin	16	38,3	10,1	6,1	11,8	10,4
Mittelwert		50,0	12,5	12,5	15,0	10,0

Die zukünftige Entwicklung der einzelnen Bundesländer wird weiterhin sehr stark von der konjunkturellen Entwicklung abhängig sein. Betrachtet man die derzeitige Situation, scheint Deutschland auf seinen erfolgreichen exportgetriebenen Entwicklungspfad zurückzufinden. Sollte diese Entwicklung anhalten und sich stabilisieren, könnten sich die stark von der Krise betroffenen Regionen im Süden Deutschlands wieder als Vorreiter einer positiven Entwicklung hervortun und verlorenes Terrain zurückgewinnen.

Abbildung 2: Karte Bestandsranking 2010



2 Länderhaushaltscheck

Wie ist es um die finanzielle Situation der einzelnen Bundesländer bestellt?

Die Haushaltskonsolidierung gehört zu den derzeit wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Aufgaben. Gerade jetzt zu Beginn des Aufschwungs nach der schweren Wirtschaftskrise gehört dieses umso mehr auf die Agenda der Politik. Sie hat mit der Einführung der Schuldenbremse sogar Verfassungsrang. Die Finanzpolitik hat eine Doppelaufgabe zu lösen, deren Teilbereiche miteinander verwoben sind:

- Ab dem Jahr 2020 müssen die Länder ausgeglichene Haushalte vorlegen.
- Darüber hinaus darf die gesamte Schuldenstandsquote (staatliche Schulden in Prozent des Bruttoinlandsprodukts) die 60-Prozent-Marke (vom Bruttoinlandsprodukt) insgesamt nicht übersteigen. Teilt man diese Obergrenze zwischen Bund und Ländern in etwa nach den heutigen Anteilen an der gesamten Staatsschuld auf, entfällt auf die Länder (einschließlich Gemeinden) einen Quote von rund 40 Prozent aller Schulden. Das bedeutet eine Begrenzung der Schuldenstandsquote auf maximal 24 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die übrigen 36 Prozent entfallen auf den Bund.

Zur Erreichung dieser Ziele sind Haushaltskonsolidierungen notwendig. Dabei ist auch die Ausgabenseite einzubeziehen. Es sind Einsparungen oder zumindest ein Reduzierung der Ausgabenanstiege notwendig. Deshalb ist ein Blick auf die Entwicklung der einzelnen Ausgaben wichtig. Dabei muss auch auf eine vernünftige Relation zwischen investiven und konsumtiven Ausgaben geachtet werden.

In diesem Haushaltscheck der Länder soll untersucht werden, wie die Länder bei diesen einzelnen Indikatoren stehen. Dabei ist ein Indikator besonders wichtig: Der Finanzierungssaldo. Er gibt die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben eines Jahres auf der Zahlungsebene an. Ein nicht-negativer Finanzierungssaldo ist – sieht man von Veränderung von Rücklagen oder dem Übertrag von Fehlbeträgen bzw. Überschüssen ins Folgejahr ab - Voraussetzung für einen Haushalt ohne zusätzliche Schulden. Sollen Schulden abgebaut werden, müssen sogar Überschüsse erwirtschaftet werden. Das fällt den Ländern mit einer bereits hohen Staatsschuld sehr schwer, weil durch die eingegangenen Zinsverpflichtungen der disponible Ausgabenspielraum begrenzt ist. Sie müssen dann mehr als andere bei Personal, Investitionen oder Sachausgaben sparen.

Soll die Schuldenstandsquote (Anteil Schulden am BIP) konstant gehalten werden, darf die Neuverschuldung (und damit das Finanzierungsdefizit) nicht stärker wachsen als das BIP.

Die Haushaltssituation der Bundesländer

Im Folgenden werden verschiedene Haushaltskennzahlen und Verschuldungskennziffern des Jahres 2009 dargestellt und beschrieben. Die Kennzahlen zu den Jahrgängen 2006 bis 2008 befinden sich im Anhang ab Seite 26.

In Tabelle 3 sind die Kennziffern bereinigte Ein- und Ausgaben je Einwohner, Personalausgaben je Einwohner, Investitionen je Einwohner und Zinsausgaben je Einwohner für das Jahr 2009 abgebildet.

Bereinigte Ein- und Ausgaben

Die bereinigten Gesamtausgaben und -einnahmen sind definiert als die Summe der Ausgaben bzw. Einnahmen des Verwaltungshaushalts sowie der Ausgaben bzw. Einnahmen des Vermögenshaushalts ohne besondere Finanzierungsvorgänge (z.B. Schuldenaufnahmen oder Tilgungen) nach Abzug haushaltstechnischer Verrechnungen sowie Zahlungen von gleicher Ebene. Die Daten stammen aus der Kassenstatistik der öffentlichen Haushalte ohne Auslaufperiode.

Die höchsten bereinigten Einnahmen weisen die Bundesländer Berlin, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Sachsen mit jeweils über 5.000 Euro je Einwohner im Jahr 2009 auf. Weniger als 4.000 Euro sind es dagegen in den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Saarland.

Mit mehr als 6.000 Euro je Einwohner sind die Ausgaben in Bremen und Berlin am höchsten, gefolgt von Hamburg, Bayern und Hessen. Die niedrigsten Ausgaben je Einwohner wiesen die Flächenländer Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg auf.

Personal- und Investitionsausgaben

Den Bundesländern stehen zur Haushaltskonsolidierung nur eingeschränkte Mittel zur Verfügung, da eine stärkere Einnahmensteigerung nicht ohne weiteres möglich ist und in der Struktur des Haushalts auf eine vernünftige Relation von investiven und konsumtiven Ausgaben geachtet werden muss. Zwei größere Stellschrauben, die die Länder zur Konsolidierung nutzen können sind die Personal- und Investitionsausgaben. Die derzeitige Struktur dieser Haushaltsposten stellt sich wie folgt dar.

Je Einwohner gab Bremen im Jahr 2009 mit über 2.000 Euro am meisten für seine öffentlich Beschäftigten aus. Auf den weiteren Plätzen folgen Hamburg, Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Die geringsten Personalausgaben haben die ostdeutschen Bundesländer. An-

geführt von Sachsen mit weniger als 1.400 Euro je Einwohner folgen Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen auf den weiteren Plätzen.

Zinsausgaben

Ein wesentlicher Posten bei der Haushaltskonsolidierung sind die Zinsausgaben. Durch die Haushaltsdisziplin in der Vergangenheit wird die Möglichkeit zur Konsolidierung im Wesentlichen bestimmt. Länder mit einer bereits hohen Staatsverschuldung und damit verbundenen Zinszahlungen haben weniger Gestaltungsspielraum als andere und müssen eher bei Personal, Investitionen oder Sachausgaben sparen.

Tabelle 3: Haushaltsdaten 2009 Teil 1
Werte je Einwohner

	Einnahmen ¹⁾	Ausgaben ²⁾	Personalausgaben	Investitionen ³⁾	Zinsausgaben
Baden-Württemberg	4.309	4.671	1.889	699	177
Bayern	4.790	5.449	1.894	1.394	121
Berlin	5.705	6.131	1.831	460	651
Brandenburg	4.838	4.997	1.473	813	309
Bremen	5.069	6.452	2.035	606	973
Hamburg	5.333	5.897	1.922	653	531
Hessen	4.668	5.251	1.880	536	306
Mecklenburg-Vorpommern	5.270	4.967	1.493	694	301
Niedersachsen	4.121	4.414	1.685	489	327
Nordrhein-Westfalen	4.263	4.638	1.714	349	337
Rheinland-Pfalz	3.902	4.518	1.783	420	380
Saarland	3.561	4.715	1.808	530	516
Sachsen	5.017	4.905	1.382	854	132
Sachsen-Anhalt	4.954	5.012	1.590	748	409
Schleswig-Holstein	4.019	4.544	1.631	479	381
Thüringen	4.742	4.829	1.541	728	328

1) Bereinigte Einnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge und interne Verrechnungen)

2) Bereinigte Ausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge und interne Verrechnungen)

3) Sachinvestitionen+Vermögensübertragungen und Darlehen an andere Bereiche+Erwerb von Beteiligungen

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Die größte Zinslast hatte im Jahr 2009 Bremen zu tragen. Die Stadt musste je Einwohner 973 Euro allein für Zinszahlungen aufbringen. Der beschränkte Ausgabenspielraum wird

deutlich, wenn man diesen Wert mit 121 Euro je Einwohner in Bayern bzw. 132 Euro in Sachsen vergleicht.

Verschuldungskennziffern

In Tabelle 4 sind die wesentlichen Verschuldungskennziffern der Länderhaushalte abgebildet, die den zukünftigen Konsolidierungsbedarf aber auch die unterschiedliche Haushaltsdisziplin in den Ländern verdeutlichen.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo ergibt sich aus der Differenz der bereinigten Einnahmen und Ausgaben und ist ein Kernindikator zur Messung der Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung. Für einen Schuldenstopp bzw. eine Rückführung der Schulden ist in erster Linie ein positiver Finanzierungssaldo notwendig.

Die schlechtesten Kennzahlen im Haushaltsjahr 2010 wiesen die Bundesländer Bremen und Saarland auf, deren Finanzierungssaldo bei mehr als -1.000 Euro je Einwohner lag. Mit großem Abstand folgten Bayern und Rheinland-Pfalz auf den weiteren Plätzen. Mit Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen gelang es nur zwei Ländern einen positiven Finanzierungssaldo vorzuweisen.

Schulden

Den höchsten aktuellen Schuldenstand (inkl. Gemeindeschulden) weisen die drei deutschen Stadtstaaten auf. Aber auch das Saarland und Schleswig-Holstein erreichen Werte von mehr als 10.000 Euro je Einwohner im Jahr 2009. Mit Sachsen und Bayern zeigten in der Vergangenheit nur zwei Bundesländer eine vorbildliche Haushaltsdisziplin. Mit knapp 3.000 bzw. knapp 3.500 Euro je Einwohner wiesen sie im Jahr 2009 die mit deutlichem Abstand niedrigsten Verschuldungswerte auf.

Veränderung der Schulden

Mit Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt gelang es im Jahr 2009 drei ostdeutschen Bundesländern den Schuldenstand zu verringern. Dagegen kam es in Baden-Württemberg, Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und dem Saarland zu einer deutlichen Zunahme der Verschuldung von über 1.000 Euro je Einwohner.

Schuldenquote

Setzt man den Schuldenstand in Relation zur Wirtschaftsleistung, sind einige Länder weit von der Zielgröße von 24 Prozent entfernt. Berlin und Bremen erreichen sogar Werte von über 60 Prozent, das Saarland und Sachsen-Anhalt kommen auf Wert von über 40 Prozent. Lediglich Bayern, Sachsen, Baden-Württemberg und Hessen erreichen Werte von unter 24 Prozent.

Tabelle 4: Haushaltsdaten 2009 Teil 2

Werte je Einwohner bzw. Anteil am BIP (Schuldenquote)

	Finanzierungs- saldo ¹⁾	Schulden	Veränderung Schulden ²⁾	Schuldenquote ³⁾
Baden-Württemberg	-362	5.991	1.367	18,7
Bayern	-659	3.482	434	10,1
Berlin	-426	17.432	787	66,4
Brandenburg	-159	7.557	129	35,3
Bremen	-1.383	24.439	1.173	60,3
Hamburg	-564	13.564	1.216	28,1
Hessen	-583	7.228	534	20,2
Mecklenburg-Vorpommern	303	7.226	7	34,0
Niedersachsen	-293	7.571	190	29,3
Nordrhein-Westfalen	-375	8.583	781	29,4
Rheinland-Pfalz	-616	8.818	395	34,6
Saarland	-1.154	11.351	1.109	40,3
Sachsen	112	2.993	-237	13,5
Sachsen-Anhalt	-58	9.553	70	43,9
Schleswig-Holstein	-525	10.092	1.122	38,9
Thüringen	-87	8.004	195	37,0

1) Bereinigte Einnahmen minus bereinigte Ausgaben

2) gegenüber Vorjahr

3) Anteil Schulden am BIP

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Bewertung der Haushaltsituationen der Länder

Zum Vergleich der Haushaltssituation (Tabelle 5) in den einzelnen Ländern wurde auf die Indikatoren zurückgegriffen, welche die Finanzlage der öffentlichen Hand möglichst umfassend, aber auch möglichst einfach beschreiben können. Mit den beiden Größen bereinigte Ein- bzw. Ausgaben lässt sich die gesamte Ein- und Ausgabensituation im Bundesländervergleich gut beschreiben. Allerdings sagen die bereinigten Gesamtausgaben und – einnahmen je Einwohner per se wenig über die Ursachen des gegenwärtigen Aus- und Einnahmenniveaus aus. So ist es denkbar, dass ein Land auf der einen Seite bei den Personal- und Sachaufwendungen gespart hat, auf der anderen Seite hingegen dazu gezwungen war, erhebliche Erweiterungs- oder Erhaltungsinvestitionen zu tätigen. Derartige Feinheiten lassen sich zum Teil aus der vorangegangenen Übersicht von Haushaltskennziffern ablesen.

Der Vergleich der Ein- und Ausgabensituation der Bundesländer erfolgt auf Grundlage des Finanzierungssaldos der sich aus der Differenz von bereinigten Einnahmen je Einwohner und den bereinigten Ausgaben je Einwohner ergibt (Gewicht: 66,6%), sowie deren Veränderung in den Jahren 2006 bis 2009 (Gewicht: 33,3%). Hieraus ergibt sich die in Tabelle 5 dargestellte Eingruppierung der einzelnen Bundesländer in Länder mit weit überdurchschnittlicher Performance bis zu den Ländern mit unterdurchschnittlicher Performance.

Das Ergebnis gestaltet sich ähnlich zu dem des Dynamikvergleichs im diesjährigen Bundesländerranking. Auf den vorderen Rängen finden sich alle ostdeutschen Bundesländer, angeführt von Mecklenburg-Vorpommern. Bis auf Berlin weisen alle sechs Länder relativ betrachtet sehr niedrige Finanzierungssalden auf. Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen haben sogar positive Salden.

Die schlechtesten Kennzahlen weisen die beiden Bundesländer Bremen und Saarland auf. Ihr Finanzierungssaldo beträgt mehr als 1.000 Euro je Einwohner und ist in den letzten Jahren sogar noch weiter angewachsen. Die schlechteste Entwicklung im Betrachtungszeitraum weist das Land Bayern auf. Hier wurde im Jahr 2006 sogar noch ein positiver Finanzierungssaldo erreicht.

Tabelle 5: Länderhaushaltscheck
Sonderthema

	Finanzierungssaldo 2009	Finanzierungssaldo 2006	absolute Veränderung
	je Einwohner in €	je Einwohner in €	2006-2009
weit überdurchschnittliche Performance			
Mecklenburg-Vorpommern	303	13	290
Sachsen-Anhalt	-58	-148	90
Thüringen	-87	-130	43
überdurchschnittliche Performance			
Sachsen	112	365	-253
Brandenburg	-159	-92	-67
Berlin	-426	-521	95
durchschnittliche Performance			
Niedersachsen	-293	-10	-283
Nordrhein-Westfalen	-375	-235	-141
Baden-Württemberg	-362	-8	-355
Schleswig-Holstein	-525	-299	-226
eher unterdurchschnittliche Performance			
Hamburg	-564	65	-629
Rheinland-Pfalz	-616	-282	-334
Hessen	-583	10	-593
unterdurchschnittliche Performance			
Bremen	-1.383	-1.234	-149
Saarland	-1.154	-766	-387
Bayern	-659	150	-809
West			
	-485	-91	-395
Ost			
	-75	-66	-9
Quelle: IW Consult			

3 Methodik

3.1 Grundsatzentscheidung

Im Mittelpunkt der Bundesländer-Studie steht weiterhin das Dynamik-Ranking, auf dessen Basis der Gewinner des jeweiligen Jahres bestimmt wird. Da es sich methodisch jedoch aus dem Bestandsranking ableitet, wird aus Gründen der besseren Nachvollziehbarkeit im Folgenden die Methodik erläutert, die dem Bestandsranking zugrunde liegt.

Das Ranking soll den wirtschaftlichen Erfolg der Bundesländer anhand eines zusammenfassenden Indikators (Gesamtindikator) ermitteln, der sich wiederum aus verschiedenen Unterindikatoren zusammensetzt.

In diesen Gesamtindikator fließen Zielgrößen und Einflussfaktoren ein. Zielgrößen, die den Erfolg eines Bundeslandes bestimmen, sind Indikatoren aus den Bereichen Wohlstand (Bruttoinlandsprodukt, Einkommen, Kauf- und Steuerkraft) und Arbeitsmarkt (Arbeitslosenquote, Arbeitsplatzversorgung, Erwerbstätige).

Neben den Zielgrößen (Wohlstand und Arbeitsmarkt) gehen auch Einflussfaktoren in den Gesamtindikator ein. Sowohl die Zielgrößen als auch die Einflussfaktoren machen jeweils 50 Prozent des Gesamtindikators aus.

3.2 Datengrundlage

Datengrundlage ist eine umfassende Regionaldatenbank, aus der beim Bestandsranking 51 und beim Dynamik-Ranking 46 Indikatoren für die Analyse herausgezogen wurden. Diese Daten stammen zum überwiegenden Teil aus öffentlich verfügbaren Statistiken (u. a. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Statistische Landesämter, Statistisches Bundesamt, INKAR-Datenbank des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Bundesagentur für Arbeit, Bundeskriminalamt), Spezialerhebungen und Sonderauswertungen anderer Institute (u. a. ZEW-Gründungspanel, Stifterverband), aber auch aus Bilanzdatenbanken (OSIRIS).

Diese Indikatoren werden vier Obergruppen zugeordnet:

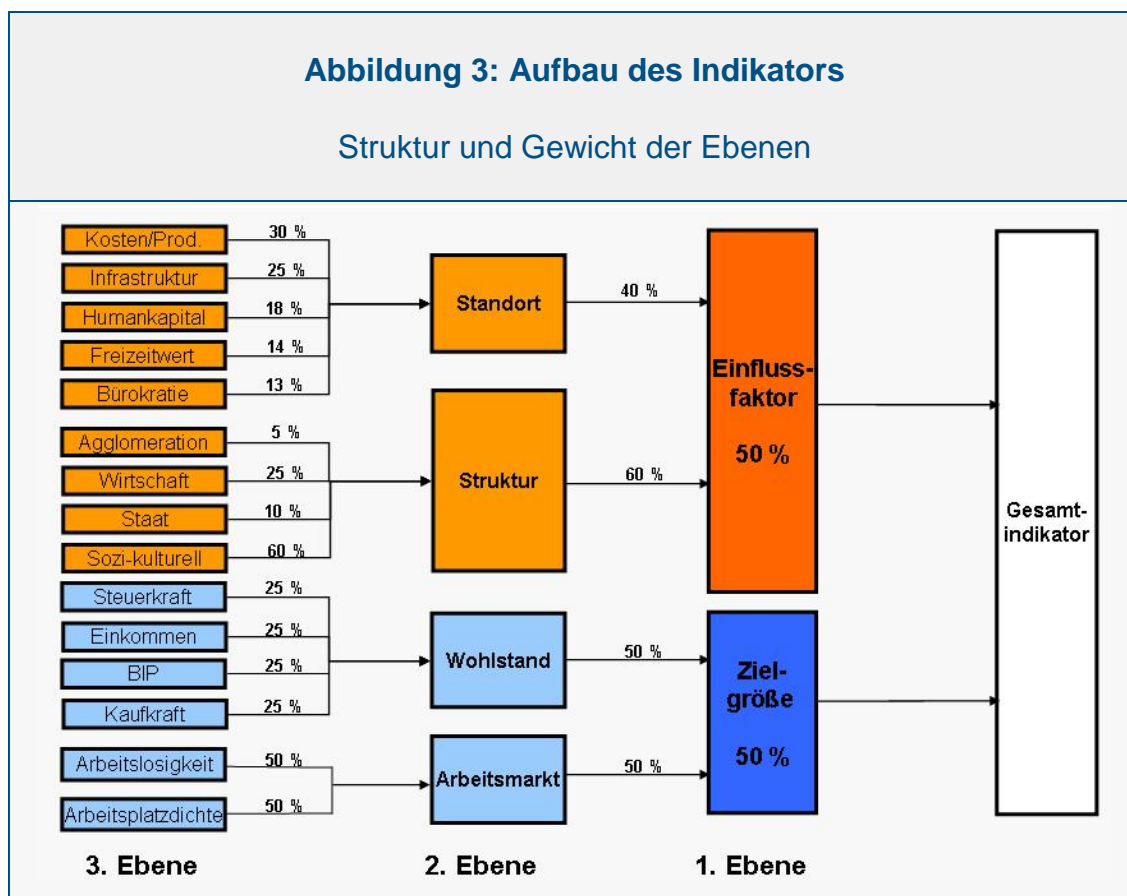
- Arbeitsmarkt (Zielvariable)
- Wohlstand (Zielvariable)
- Standort (Einflussvariable)

- Struktur (Einflussvariable)

3.3 Aufbau des Gesamtindikators

Der Gesamtindikator ist hierarchisch in bis zu fünf Ebenen untergliedert (Ebenen 1 bis 3 siehe Abbildung 3):

- die **erste Ebene** ist die Unterscheidung zwischen Einflussfaktoren und Zielgrößen,
- die **zweite Ebene** enthält die Obergruppen Standort, Struktur, Wohlstand und Arbeitsmarkt,
- auf der **dritten Ebene** wird zwischen 15 Faktoren (Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzversorgung, Bruttoinlandsprodukt, Einkommen, Kaufkraft und Steuerkraft, Agglomeration, Infrastruktur, Staat, Wirtschaft, sozi-kulturelle Struktur, Bürokratie, Freizeitwert, Humankapital, Kosten) unterschieden und
- auf der **vierten bis fünften Ebene** werden den einzelnen Bereichen jeweils passende Indikatoren zugeordnet.



3.4 Gewichtung

In das Ranking gehen die Zielgrößen und die Einflussfaktoren zu je 50 Prozent ein, wobei innerhalb der Zielgrößen die Bereiche Wohlstand und Arbeitsmarkt mit ebenfalls jeweils 50 Prozent gesetzt sind.

Die Gewichte der Einflussfaktoren werden aus einer Mischung aus ökonometrischer Schätzung und Expertensystem ermittelt. Die empirische Schätzung dient dabei lediglich der Orientierung. Es wird nicht der Anspruch erhoben, Wirkungszusammenhänge erklären zu können. Da ein solches umfassendes Modell nicht existiert, wird lediglich versucht, Indikatoren zu finden, die mit den Zielvariablen in Zusammenhang stehen, d. h. hoch korreliert sind.

Die Gewichte für die Bereiche Standort und Struktur werden für die zweite und dritte Ebene mit Hilfe ökonometrischer Methoden geschätzt. Die Schätzung erfolgt auf Basis von Kreisdaten, weil auf Bundesländerebene zu wenige Beobachtungen vorliegen. Die Zielgröße der Schätzung (zu erklärende Variable) ist die Variable Einkommen je Einwohner.

In die Schätzung gehen als abhängige Variablen alle Indikatoren der vierten und fünften Ebene ein, wenn entsprechende Daten auf Kreisebene vorliegen. In einigen Fällen konnten die Ausprägungen nur auf der Ebene der Raumordnungsregionen beobachtet werden.

In die Schätzung sind jeweils die aktuell verfügbaren Daten auf Kreisebene eingegangen. Diese unterschiedlichen Erhebungszeitpunkte dürften aber keine größere Relevanz haben, weil nur sehr langsam laufende Variablen beobachtet wurden. Es wurden nur Variablen berücksichtigt, deren Koeffizient das erwartete Vorzeichen hat und die signifikant sind.

Die Beiträge der Variablen zum R^2 (ohne Konstante) werden als Gewichte interpretiert. Da eine solche Schätzung mit sehr vielen Problemen versehen ist, werden die ermittelten Gewichte auf volle 10 Prozentpunkte gerundet. Das ergibt im Ergebnis folgende Gewichtung:

- Standort: 40 %
- Struktur: 60 %

Für die Strukturindikatoren auf der dritten Ebene wurden folgende Gewichte ermittelt:

- sozio-kulturelle Infrastruktur: 60 %
- Wirtschaft: 25 %
- Agglomeration: 10%
- Staat: 5 %

Gewichte durch Expertenbefragung

Viele erfolgsrelevante Faktoren sind auf der Kreisebene nicht beobachtbar. Deshalb werden die empirisch ermittelten Gewichte innerhalb des Bereichs Standort durch die Ergebnisse einer Expertenbefragung ersetzt. Befragt wurden über 100 Wirtschaftsförderungsgesellschaften. Als Ergebnis wurden die Gewichte im Bereich Standort wie folgt gesetzt:

- Kosten: 30 %
- Infrastruktur: 25 %
- Humankapital: 18 %
- Freizeitwert: 14 %
- Bürokratie: 13%

Auf der vierten und fünften Ebene wurden die Indikatoren im Regelfall gleichgewichtet. Lediglich der Bereich Infrastruktur wurde auf Grundlage der Befragungsergebnisse in die Bereiche Bildungsinfrastruktur, soziale Infrastruktur und Verkehrsinfrastruktur aufgeteilt und gewichtet.

Die Auswahl der Kriterien auf der vierten und fünften Ebene erfolgt auf Basis eigener Einschätzungen. Auch dadurch wird nochmals deutlich, dass der hier verfolgte Gesamtansatz durch eine Mischung aus „Ökonometrie und Expertensystem“ charakterisiert ist. Die Tabelle 6 fasst die einbezogenen Indikatoren in einer Übersicht zusammen.

Tabelle 6: Indikatoren des Bestandsrankings

Nr.	Indikator	Gruppe	Jahr	Quelle
1	GfK-Kaufkraft	Wohlstand	2010	GfK
2	Verfügbares Einkommen je Einw.	Wohlstand	2009	StaBu (VGR), e.B.
3	BIP in jeweiligen Preisen je Einwohner	Wohlstand	2009	StaBu (VGR)
4	Steuerkraft je Einwohner	Wohlstand	2009	StaBu
5	Arbeitslosenquoten bezogen auf alle Erwerbspersonen	Arbeitsmarkt	2009	BA
6	Arbeitsplatzversorgung (Anteil SVB je Erwerbsfähige)	Arbeitsmarkt	2009	BA, StaBu
7	Einwohner-Arbeitsplatzdichte (EW+SVB AO/km ²)	Struktur	2009	BA, StaBu
8	Pendlersaldo je 100 Einwohner (SVB AO-SVB WO)	Struktur	2009	BA, StaBu
9	SV Beschäftigte in wissensintensiven DL-Branchen	Struktur	2008	BA
10	Insolvenzen je 1.000 Erwerbspersonen	Struktur	2009	Stabu
11	Unternehmensgründungen je 10.000 Erwerbsfähige	Struktur	2008	ZEW
12	Exportquote	Struktur	2009	StaBu
13	Zahl der Unternehmensheadquarter je 100.000 Einwohner	Struktur	2010	BvDEP StaBu, e.B.
14	Investitionsquote (Anteil kommunale Sachausgaben)	Struktur	2009	StaBu
15	Anteil Personalausgaben an den bereinigten Ausgaben	Struktur	2009	StaBu
16	Schulden der öffentlichen Haushalte je Einwohner in Euro	Struktur	2009	StaBu
17	Arbeitslosengeld-II-Empfänger je 100 Einwohner	Struktur	2009	BA, StaBu
18	Straftaten je 100.000 Einwohner	Struktur	2009	BKA, StaBu
19	Aufklärungsquote von Straftaten	Struktur	2009	BKA, StaBu
20	Anteil der Schuldner an den über 18-Jährigen	Struktur	2009	creditreform
21	Anteil der SV Beschäftigten (am Wohnort) im Alter von 55 Jahren und älter je 100 Einwohner im Alter von 55-65 Jahren	Struktur	2009	BA, StaBu
22	Beschäftigungsrate Frauen (Anteil an den erwerbsfähigen Einwohnerinnen in %)	Struktur	2009	BA, StaBu
23	Arbeitslose im Alter von 55 Jahren und darüber bezogen auf alle ziv. EP dieser Altersklasse	Struktur	2009	BA
24	Arbeitslose im Alter unter 25 bezogen auf alle. ziv. EP dieser Altersklasse	Struktur	2009	BA
25	Arbeitskosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer)	Standort	2009	StaBu (VGR)
26	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigem (Produktivität)	Standort	2009	StaBu (VGR)
27	Gewerbesteuerhebesätze	Standort	2008	StaBu

Tabelle 6: Indikatoren des Bestandsrankings

28	Regionales Bevölkerungspotenzial der Gemeinden im Umkreis von 100 km	Standort	2008	BBR
29	Ausbildungsplatzdichte (Gesamtangebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen je 100 Nachfrager)	Standort	2009	BBR
30	Schüler je Lehrer im Sek.II-Bereich	Standort	2008	KMK
31	Wissenschaftsausgaben je Einwohner	Standort	2008	BMBF, StaBu
32	Bildungsausgaben je Einwohner	Standort	2008	BMBF, StaBu
33	Drittmittel je Professor	Standort	2008	StaBu
34	Studierendenanteil an der Bevölkerung 18-40 Jahre	Standort	2009	StaBu
35	Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an den Schulabgängern in Prozent	Standort	2008	StaBu
36	Studienberechtigtenquote (Anteil der Studienberechtigten an der altersspezifischen Bevölkerung (18- bis unter 21-jährige))	Standort	2008	StaBu
37	Kitabetreuungsquote der unter 3-jährigen	Standort	2009	StaBu
38	Ärztedichte (Ärzte je 100.000 Einwohner)	Standort	2008	BBR
39	Krankenhausbetten je 10.000 Einwohner	Standort	2008	StaBu
40	Krankenhauskosten (Bereinigte Kosten je Belegungstag)	Standort	2008	StaBu
41	Wohnfläche je Einwohner in qm	Standort	2008	StaBu
42	Anteil der Beschäftigten mit FH- oder Hochschulabschluss	Standort	2009	BA
43	Patente je 100.000 Einwohner	Standort	2009	DPMA, StaBu
44	FuE-Personalintensität (FuE-Personal je 1.000 Erwerbstätige)	Standort	2007	Stifterverband, e.B.
45	Erholungsfläche in Prozent der Bodenfläche insgesamt	Standort	2008	StaBu
46	Gästeübernachtungen je Einwohner	Standort	2009	StaBu
47	Theater je 100.000 Einwohner	Standort	2008	Dt. Bühnenverein
48	Selbstfinanzierungsquote der Theater	Standort	2008	Dt. Bühnenverein
49	Mieten Neubau, Erstbezug, mittlerer Wohnwert	Standort	2009	IVD, e.B.
50	Durchschnittlicher Kaufwert für Bauland in Euro je m2	Standort	2008	StaBu
51	Öffentlich Beschäftigte je 1.000 Einwohner (VÄ)	Standort	2009	StaBu

3.5 Standardisierung und Berechnung

Die Einzelschritte der Berechnung:

- Nach Auswahl eines Indikators wird auf Basis theoretischer Überlegungen dessen Wirkungsrichtung bestimmt, d. h. ob er den Gesamtindex positiv oder negativ beeinflusst.
- Standardisierung der Merkmalsausprägungen (Umsetzung in eine Verteilung mit Mittelwert Null und Standardabweichung von 1).
- Überführung in ein Punktesystem zwischen 0 und 100. Die maximale Punktzahl von 100 bekommen alle Indikatoren mit einem Wert, der in einem Bereich von „Mittelwert aller Länder + 3 Standardabweichungen oder besser“ liegt. Die minimale Punktzahl bekommt ein Indikator in einem Land mit einem Indikatorwert „Mittelwert aller Länder minus 3 Standardabweichungen oder schlechter“. Dazwischen wird linear interpoliert.
- Danach werden die gewichteten Punktzahlen addiert und zu einem Indikator zusammengefasst.
- Der Mittelwert des Gesamtindikators liegt konstruktionsbedingt bei 50.

3.6 Methodik Dynamik-Ranking

Die Bestimmung des Siegers im Bundesländerranking erfolgt auf Basis des Dynamik-Rankings. Dort geht die Entwicklung der Jahre 2006 bis 2009 ein; wenn keine aktuellen Daten vorliegen, wird ersatzweise die Entwicklung von 2006 bis 2008 bzw. in einem Fall 2005-2007 verwendet. Für das Dynamik-Ranking wurden 46 Indikatoren ausgewählt. Grundlage dieser Auswahl sind die 51 Indikatoren der vierten bis sechsten Ebene des Bestandsrankings (siehe oben).

Für das Dynamik-Ranking wurden die Niveauindikatoren (Bestandsgrößen) in Entwicklungsindikatoren (Veränderungsgrößen) übertragen. Zum Beispiel wird aus dem Bestandskriterium „Bildungsausgaben je Einwohner“ das Kriterium „Änderung der Bildungsausgaben je Einwohner in Prozent“.

Es wurden nicht alle 51 Indikatoren übertragen. Die **Auswahl** beschränkt sich vielmehr auf die Indikatoren, bei denen in der kurzen Dreijahresfrist Veränderungen **signifikant feststellbar**, **nicht zufallsbedingt** und **aussagekräftig** sind.

Die **46 Indikatoren** sind also derart ausgewählt, dass sie die Indikatoren der dritten Ebene des Bestandsrankings möglichst repräsentativ abbilden. Sie basieren somit auf dem gleichen, umfangreichen Fundament der empirischen Untersuchung.

Tabelle 7: Indikatoren des Dynamikrankings

Nr.	Indikator	Gruppe	Jahr	Quelle
1	Verfügbares Einkommen je Einw.	Wohlstand	2006-2009	StaBu (VGR), e.B.
2	BIP real	Wohlstand	2006-2009	StaBu (VGR)
3	Steuerkraft je Einwohner	Wohlstand	2006-2009	StaBu
4	Arbeitslosenquoten bezogen auf alle Erwerbspersonen	Arbeitsmarkt	2006-2009	BA
5	Arbeitsplatzversorgung (Anteil SVB je Erwerbsfähige)	Arbeitsmarkt	2006-2009	BA, StaBu
6	Erwerbstätige	Arbeitsmarkt	2006-2009	StaBu (VGR)
7	Einwohner-Arbeitsplatzdichte (EW+SVB AO/km ²)	Struktur	2006-2009	BA, StaBu
8	Pendlersaldo je 100 Einwohner	Struktur	2006-2009	BA, StaBu
9	Insolvenzen je 1.000 Erwerbspersonen	Struktur	2006-2009	StaBu
10	Exportquote	Struktur	2006-2009	StaBu
11	Investitionsquote (Anteil kommunale Sachausgaben)	Struktur	2006-2009	StaBu
12	Anteil Personalausgaben an den bereinigten Ausgaben	Struktur	2006-2009	StaBu
13	Schulden der öffentlichen Haushalte je Einwohner in Euro	Struktur	2006-2009	StaBu
14	Arbeitslosengeld-II-Empfänger je 100 Einwohner	Struktur	2006-2009	BA, StaBu
15	Straftaten je 100.000 Einwohner	Struktur	2006-2009	BKA, StaBu
16	Aufklärungsquote von Straftaten	Struktur	2006-2009	BKA, StaBu
17	Anteil der Schuldner an den über 18-Jährigen	Struktur	2006-2009	creditreform
18	Anteil der SV Beschäftigten im Alter von 55 Jahren und älter	Struktur	2006-2009	BA, StaBu
19	Beschäftigungsrate Frauen	Struktur	2006-2009	BA, StaBu
20	Arbeitslosenquote im Alter unter 25 Jahren	Struktur	2006-2009	BA, e.B.
21	Einwohner	Struktur	2006-2009	StaBu
22	Arbeitskosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer)	Standort	2006-2009	StaBu (VGR)
23	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem (Produktivität)	Standort	2006-2009	StaBu (VGR)
24	Gewerbesteuerhebesätze	Standort	2006-2008	StaBu
25	Regionales Bevölkerungspotenzial der Gemeinden	Standort	2005-2008	BBR
26	Ausbildungsplatzdichte	Standort	2006-2009	BBR
27	Schüler je Lehrer im Sek.II-Bereich	Standort	2006-2008	KMK

Tabelle 7: Indikatoren des Dynamikrankings

28	Wissenschaftsausgaben je Einwohner	Standort	2006-2008	BMBF, StaBu
29	Bildungsausgaben je Einwohner	Standort	2006-2008	BMBF, StaBu
30	Drittmittel je Professor	Standort	2006-2008	StaBu
31	Studierende an Bevölkerung	Standort	2006-2009	StaBu
32	Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss	Standort	2006-2009	StaBu
33	Studienberechtigtenquote	Standort	2006-2008	StaBu
34	Kitabetreuungsquote der unter 3-jährigen	Standort	2006-2009	StaBu
35	Ärztedichte (Ärzte je 100.000 Einwohner)	Standort	2006-2008	BBR
36	Krankenhausbetten je 10.000 Einwohner	Standort	2006-2008	StaBu
37	Krankenhauskosten (Bereinigte Kosten je Belegungstag)	Standort	2006-2008	StaBu
38	Wohnfläche je Einwohner in qm	Standort	2006-2008	StaBu
39	Anteil der SV-Beschäftigten mit FH- oder Hochschulabschluss	Standort	2006-2009	BA
40	Patente je 100.000 Einwohner	Standort	2006-2009	DPMA
41	FuE-Personalintensität (FuE-Personal je 1.000 Erwerbstätige)	Standort	2005-2007	Stifterverband
42	Erholungsfläche in Prozent der Bodenfläche insgesamt	Standort	2006-2008	StaBu
43	Gästeübernachtungen je Einwohner	Standort	2006-2009	StaBu
44	Theater je 100.000 Einwohner	Standort	2006-2008	Dt. Bühnenverein
45	Selbstfinanzierungsquote der Theater	Standort	2006-2008	Dt. Bühnenverein
46	Öffentlich Beschäftigte je 1.000 Einwohner (VÄ)	Standort	2006-2009	StaBu

Anhang Haushaltsdaten

Tabelle 8: Haushaltsdaten 2008 Teil 1

Werte je Einwohner

	Einnahmen ¹⁾	Ausgaben ²⁾	Personalausgaben	Investitionen ³⁾	Zinsausgaben
Baden-Württemberg	4.737	4.446	1.808	552	203
Bayern	4.916	4.782	1.807	947	130
Berlin	6.338	6.092	1.838	444	675
Brandenburg	5.128	4.866	1.423	774	361
Bremen	5.524	6.198	1.944	634	959
Hamburg	6.223	6.286	1.857	913	586
Hessen	5.163	5.161	1.798	489	321
Mecklenburg-Vorpommern	5.241	4.911	1.436	724	328
Niedersachsen	4.201	4.174	1.617	380	346
Nordrhein-Westfalen	4.486	4.446	1.627	343	360
Rheinland-Pfalz	4.149	4.412	1.715	492	404
Saarland	3.940	4.438	1.723	455	515
Sachsen	5.124	4.613	1.465	849	157
Sachsen-Anhalt	5.050	4.881	1.534	706	481
Schleswig-Holstein	4.212	4.451	1.556	469	377
Thüringen	5.016	4.735	1.455	732	349

1) Bereinigte Einnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge und interne Verrechnungen)

2) Bereinigte Ausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge und interne Verrechnungen)

3) Sachinvestitionen+Vermögensübertragungen und Darlehen an andere Bereiche+Erwerb von Beteiligungen

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Tabelle 9: Haushaltsdaten 2008 Teil 2

Werte je Einwohner bzw. Anteil am BIP (Schuldenquote)

	Finanzierungssaldo ¹⁾	Schulden	Veränderung Schulden ²⁾	Schuldenquote ³⁾
Baden-Württemberg	290	4.624	-62	13,6
Bayern	134	3.048	-144	8,6
Berlin	246	16.645	-301	64,3
Brandenburg	262	7.428	-32	34,6
Bremen	-674	23.266	1.501	56,2
Hamburg	-62	12.349	-76	25,0
Hessen	2	6.695	46	18,4
Mecklenburg-Vorpommern	331	7.219	-88	33,8
Niedersachsen	27	7.381	89	27,6
Nordrhein-Westfalen	40	7.802	-15	25,6
Rheinland-Pfalz	-262	8.423	36	32,0
Saarland	-497	10.241	467	34,1
Sachsen	510	3.230	-393	14,3
Sachsen-Anhalt	168	9.483	-48	42,3
Schleswig-Holstein	-239	8.970	64	34,4
Thüringen	281	7.809	-156	35,3

1) Bereinigte Einnahmen minus bereinigte Ausgaben

2) gegenüber Vorjahr

3) Anteil Schulden am BIP

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Tabelle 10: Haushaltsdaten 2007 Teil 1

Werte je Einwohner

	Einnahmen ¹⁾	Ausgaben ²⁾	Personalausgaben	Investitionen ³⁾	Zinsausgaben
Baden-Württemberg	4.589	4.242	1.762	509	211
Bayern	4.707	4.313	1.744	664	135
Berlin	7.442	6.079	1.830	501	724
Brandenburg	5.063	4.771	1.388	765	353
Bremen	5.003	6.072	1.909	638	909
Hamburg	6.046	5.912	1.809	678	566
Hessen	5.160	5.054	1.750	485	319
Mecklenburg-Vorpommern	5.086	4.808	1.406	669	340
Niedersachsen	4.084	4.057	1.566	413	343
Nordrhein-Westfalen	4.390	4.408	1.629	343	356
Rheinland-Pfalz	3.999	4.132	1.655	450	365
Saarland	3.965	4.372	1.679	443	491
Sachsen	5.052	4.473	1.409	858	167
Sachsen-Anhalt	4.947	4.788	1.489	697	447
Schleswig-Holstein	4.065	4.187	1.527	423	375
Thüringen	4.831	4.626	1.530	694	357

1) Bereinigte Einnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge und interne Verrechnungen)

2) Bereinigte Ausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge und interne Verrechnungen)

3) Sachinvestitionen+Vermögensübertragungen und Darlehen an andere Bereiche+Erwerb von Beteiligungen

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Tabelle 11: Haushaltsdaten 2007 Teil 2

Werte je Einwohner bzw. Anteil am BIP (Schuldenquote)

	Finanzierungssaldo ¹⁾	Schulden	Veränderung Schulden ²⁾	Schuldenquote ³⁾
Baden-Württemberg	347	4.686	4	14,1
Bayern	394	3.192	-90	9,2
Berlin	1.363	16.946	-744	67,1
Brandenburg	291	7.461	90	35,8
Bremen	-1.069	21.765	1.412	53,9
Hamburg	133	12.425	-95	26,2
Hessen	107	6.649	70	18,8
Mecklenburg-Vorpommern	277	7.307	-339	35,4
Niedersachsen	28	7.293	61	28,1
Nordrhein-Westfalen	-18	7.817	38	26,5
Rheinland-Pfalz	-133	8.387	103	32,6
Saarland	-408	9.774	445	33,8
Sachsen	580	3.624	-157	16,4
Sachsen-Anhalt	159	9.531	365	45,0
Schleswig-Holstein	-122	8.907	40	35,2
Thüringen	205	7.965	-19	37,4

1) Bereinigte Einnahmen minus bereinigte Ausgaben

2) gegenüber Vorjahr

3) Anteil Schulden am BIP

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Tabelle 12: Haushaltsdaten 2006 Teil 1

Werte je Einwohner

	Einnahmen ¹⁾	Ausgaben ²⁾	Personalausgaben	Investitionen ³⁾	Zinsausgaben
Baden-Württemberg	4.277	4.284	1.782	509	244
Bayern	4.342	4.192	1.726	627	144
Berlin	5.493	6.015	1.847	512	711
Brandenburg	4.704	4.796	1.386	807	343
Bremen	4.828	6.062	1.898	759	823
Hamburg	5.851	5.786	1.908	570	523
Hessen	4.766	4.756	1.710	453	308
Mecklenburg-Vorpommern	4.901	4.888	1.415	744	333
Niedersachsen	3.898	3.908	1.542	321	347
Nordrhein-Westfalen	4.073	4.307	1.581	344	341
Rheinland-Pfalz	3.733	4.015	1.670	454	337
Saarland	3.693	4.459	1.672	618	459
Sachsen	4.948	4.583	1.430	992	185
Sachsen-Anhalt	4.736	4.884	1.531	698	440
Schleswig-Holstein	3.858	4.157	1.578	413	374
Thüringen	4.421	4.551	1.515	688	361

1) Bereinigte Einnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge und interne Verrechnungen)

2) Bereinigte Ausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge und interne Verrechnungen)

3) Sachinvestitionen+Vermögensübertragungen und Darlehen an andere Bereiche+Erwerb von Beteiligungen

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Tabelle 13: Haushaltsdaten 2006 Teil 2

Werte je Einwohner bzw. Anteil am BIP (Schuldenquote)

	Finanzierungssaldo ¹⁾	Schulden	Veränderung Schulden ²⁾	Schuldenquote ³⁾
Baden-Württemberg	-8	4.682	127	14,7
Bayern	150	3.283	-67	9,9
Berlin	-521	17.690	460	73,1
Brandenburg	-92	7.371	73	36,8
Bremen	-1.234	20.353	1.620	52,3
Hamburg	65	12.520	244	26,8
Hessen	10	6.579	-149	19,2
Mecklenburg-Vorpommern	13	7.645	-75	39,3
Niedersachsen	-10	7.231	96	28,9
Nordrhein-Westfalen	-235	7.779	-68	27,9
Rheinland-Pfalz	-282	8.283	895	33,5
Saarland	-766	9.330	668	33,8
Sachsen	365	3.781	-329	18,0
Sachsen-Anhalt	-148	9.166	-12	45,7
Schleswig-Holstein	-299	8.867	295	35,9
Thüringen	-130	7.984	279	39,6

1) Bereinigte Einnahmen minus bereinigte Ausgaben

2) gegenüber Vorjahr

3) Anteil Schulden am BIP

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen



IW Consult GmbH

Als Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) erbringt die IW Consult seit 1998 hoch spezialisierte Dienstleistungen und Auftragsforschung. Hierbei erfolgen die Arbeiten, insbesondere im wissenschaftlichen Bereich, oft in enger Kooperation mit den wissenschaftlichen Fachabteilungen des IW.

Zu den Dienstleistungen der IW Consult gehört u. a. die Durchführung von quantitativen und qualitativen empirische Studien. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Erstellung von Regionalstudien und Regionalrankings.

Hier bietet die IW Consult ein breites Methoden- und Analyseportfolio an: Empirische Auswertung der umfangreichen Regionaldatenbanken, Auswertungen und Befragungen auf Basis der IW Consult Unternehmensdatenbanken mit über 1,2 Mio. Unternehmensangaben, Benchmarkvergleiche und Clusteranalysen, Demographie- und Wanderungsanalysen, regionale Szenarioberechnungen bis hin zur Erstellung von Fallstudien und Best Practice Beispielen. Ein methodischer Schwerpunkt der IW Consult liegt in der Verknüpfung von Mikro- und Makrodaten. Bei der Erhebung der Mikrodaten besitzt die IW Consult breite Erfahrung in der Konzeption, Durchführung und Auswertung von Unternehmensbefragungen. Die IW Consult und ihre Kooperationspartner verfügen über das Know-how und die technischen Möglichkeiten für die verschiedenen methodischen Wege der Befragung. Seit 2004 führt die IW Consult bspw. einmal jährlich eine Unternehmensumfrage zur regionalen Attraktivität und Wirtschaftsfreundlichkeit durch. Seit 2005 hat die IW Consult ein eigenes Unternehmenspanel zu Zukunftsfragen (IW-Zukunftspanel), in dem dreimal jährlich rund 3.500 Unternehmen befragt werden. Achtmal im Jahr wird im Auftrag des BZA eine Panelbefragung zur Zeitarbeit in Deutschland durchgeführt. Die IW Consult führt pro Jahr rund 35 Unternehmens- oder Verbandsbefragungen durch. Sie ist mit ihren 35 Mitarbeitern an den Standorten Köln und Berlin tätig.